

01. Logoil: Genehmigung liegt nun auf Eis



Nov Geschrieben von: Frank Schumann

**HALLE. In geballter Ladung haben Anwohner von Heide-Süd am Mittwoch die Einwohnerfragestunde der Stadtratsitzung zum Anlass genommen, um erneut gegen die Ansiedlung der Firma Logoil GmbH auf dem Areal der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH (TGZ) zu protestieren (SN berichtete ausführlich). Auf die Zuspitzung der öffentlichen Diskussion hatte Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) am Montag reagiert und dies am Mittwoch im Stadtrat auch bekräftigt.**

Die Oberbürgermeisterin erklärte, „Schreiben der Anwohner sowie die aktuelle Medienberichterstattung über die Sorgen der Bevölkerung von Heide Süd vor einem Forschungsprojekt der Firma Logoil GmbH" zum Anlass nehmen zu wollen, „um offensive Schritte zur weiteren Aufklärung zu gehen“.

So wolle die Stadtverwaltung „zeitnah“ eine Befragungsaktion in Heide-Süd veranlassen. Eröffnet wurde der Sammelkatalog bereits mit einer langen Fragen-Liste der Bürgerinitiative vom Mittwoch. Nach der Auswertung soll es eine Einwohnerversammlung geben, in der „gegebenenfalls unabhängige Experten dezidierte Antworten auf die Fragen der Einwohner“ geben.

Darüber hinaus will die Verwaltung einen „Nachbarschafts-Coach“ auf dem TGZ-Gelände installieren. Dieser „qualifizierte Mitarbeiter der Stadtverwaltung“ soll ab sofort als „direkter Draht zwischen Bürgerschaft und Stadtverwaltung“ fungieren. Und schließlich soll noch eine „Nachbarschaftszeitung“ über die Entwicklungen auf dem TGZ-Gelände quartalsweise berichten. Damit reagiert Szabados auf die geballten Anwohner-Proteste mit einer ebensolchen geballten und bislang nicht gekannten Fülle von Maßnahmen. „Diesen Handlungskanon verstehe ich als gelebte Demokratie. Ängste müssen ernst genommen werden. Und das geht nur mit fundierten Informationen, die Halbwahrheiten, Gerüchten und Spekulationen den Nährboden entziehen“, erklärte die Oberbürgermeisterin.

Doch das sprichwörtliche Kind ist längst in den sprichwörtlichen Brunnen gefallen. Die Stadt ist kaum noch in der Lage, die Situation selbst aktiv und ohne größere Eigenverluste entschärfen zu können. Deshalb müssen sich Stadtverwaltung und Oberbürgermeisterin den Vorwurf gefallen lassen, viel zu lange untätig zur zunehmenden Explosivität des Problems beigetragen zu haben. Erst eine Stadtratsfraktion (CDU) hatte einen Vor-Ort-Termin beim und mit dem Investor zur Aufklärung der Anwohner initiiert. Auch das erwies sich als reichlich spät. So hatte sich Logoil-Gründer und -Geschäftsführer Helmut Göldner – der am Mittwoch interessiert die Stadtrat-Fragestunde verfolgte – zwar knapp drei Stunden lang den Anwohnerfragen offen und auskunftswillig gestellt. Er konnte aber die teils betonierte Meinungsbildung nicht mehr wirklich beeinflussen.

Nun ist die Situation eingetreten, die wohl keinen Beteiligten wirklich gefallen kann: Zwei Anwohner haben fristgerecht (bis 30. Oktober) Klage beim Verwaltungsgericht Halle gegen die entsprechend des Bundesimmissionsschutzgesetzes per 28. August erfolgte Genehmigung durch das Landesverwaltungsamt eingereicht. Wie Gerichtssprecher Volker Albrecht auf SN-Anfrage mitteilte, ist damit die entsprechende Genehmigung des Landesverwaltungsamtes erst einmal auf Eis gelegt. „Ja, in diesem Fall hat die Klage aufschiebende Wirkung. Die Genehmigung gilt bis zur Entscheidung des Gerichts als nicht wirksam“, so Albrecht.

Hauptursache der komplizierten Lage ist eine von der Verwaltung nicht umgesetzte Stadtrat-Änderung während der Beschlussfassung des betreffenden Bebauungsplanes (32.4). So hatte der Rat im März 1997 beschlossen, die Passage „Unternehmen der technologischen Wirtschaft und deren Folgeeinrichtungen“ als zulässige Nutzer dieses Sondergebietes zu streichen. Das ist aber nie erfolgt. Mit Verweis auf das noch immer bestehende Manko, erklärte Thomas Pohlack als zuständiger Beigeordneter, dass die Stadtverwaltung seit einem Vierteljahr an einer Überarbeitung des entsprechenden B-Plans arbeitet. Auf Pohlacks Erklärung gestützt, fand ein diesbezüglicher Dringlichkeitsantrag zur sofortigen Änderung des B-Plans 32.4 von Dietmar Wehrich (Bündnis 90/Die Grünen) am Mittwoch keine Mehrheit.